

Staatsverschuldung am Beispiel Baden-Württembergs

Martin Frank

Rechnungshof Baden-Württemberg

**Die Verschuldung der öffentlichen Hand
und ihre Grenzen**

**Eine Herausforderung für die
Einrichtungen der öffentlichen
Finanzkontrolle**



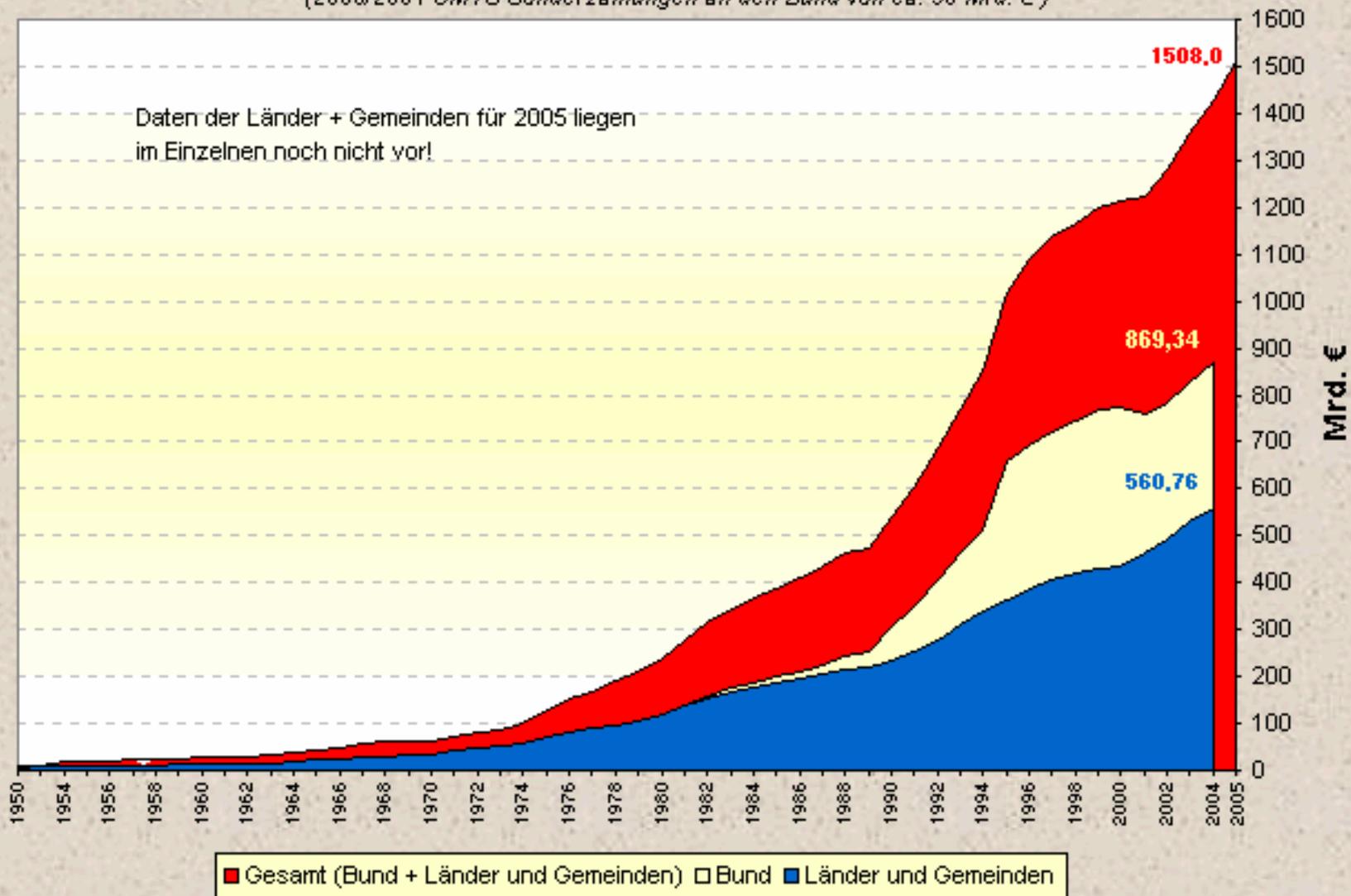
Internationale Konferenz
18.05.2006 in Wroclaw



BRD-Öffentliche Gesamtverschuldung

(Einschließlich LAG-Fonds und ERP-Sondervermögen)

(2000/2001 UMTS Sonderzahlungen an den Bund von ca. 50 Mrd. €)



Datenquelle: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt

Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt

1997 Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt

- Gesamtverschuldung maximal 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP)
- Neuverschuldung maximal 3% des BIP
- bei drohendem Verstoß Abmahnung ("Blauer Brief") aus Brüssel
- bei Verstoß eventuell Geldstrafe bis 0,5% des BIP

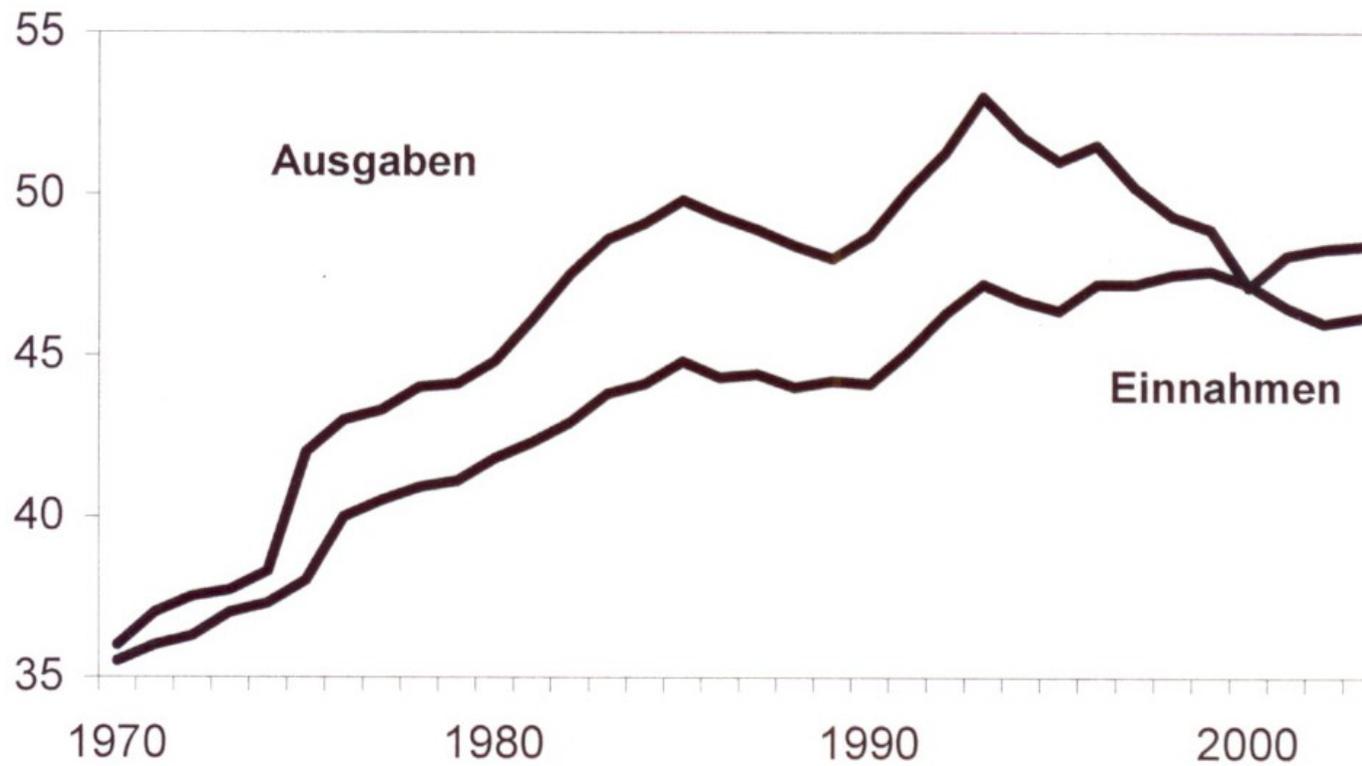
2005 wurde der Pakt **verwässert**

Neuverschuldung darf bis zu drei Jahre über 3% liegen.

Höhere Neuverschuldung zulässig:

- zur Reform von Rentensystemen,
- wegen der Kosten für Europas Vereinigung,
- wegen Beiträgen für die internationale Solidarität
- zum Erreichen europäischer Politikziele

Finanzpolitische Ungleichgewichte in Euroland (Öffentliche Ausgaben und Einnahmen in vH des BIP)



Quelle: OECD Economic Outlook (verschiedene Jahrgänge)

Deutschland und die Defizit-Kriterien

**Statistisches Bundesamt Pressemitteilung vom 22. Februar 2006
„Die Maastricht-Defizitquote im Jahr 2005 beträgt 3,3%“**

Aufgeteilt auf die staatlichen Ebenen betragen die Defizite

- Bund 49,6 Mrd. €
- Länder 19,6 Mrd. €
- Gemeinden 2,0 Mrd. €
- Sozialversicherung 3,4 Mrd. €

Neuverschuldung und Gesamtschulden auch im Jahr 2005 wie bereits seit 2002 über den Referenzwerten von 3% und 60 % des BIP

Neuverschuldung des Staates in Prozent des BIP				
2001	2002	2003	2004	2005
2,8	3,7	4,0	3,7	3,3
Bruttogesamtverschuldung in Relation zum BIP				
59,4	60,9	64,2	66,0	67,7



ARD 01.03.2006

Letzte Frist bis 2007

Defizit-Verfahren gegen Deutschland verschärft

Die EU-Kommission hat in Brüssel das Defizitstrafverfahren gegen Deutschland verschärft. Die Bundesregierung muss innerhalb von vier Monaten mitteilen, mit welchen Maßnahmen sie das überhöhte Staatsdefizit bekämpfen will. Brüssel gibt der Bundesregierung wunschgemäß bis 2007 Zeit, die Staatsverschuldung wieder unter die Marke von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu drücken.

Die Kommission leitete die letzte Stufe in der Prozedur vor der Verhängung von Sanktionen ein. Diese können bis hin zu Geldbußen reichen. Der Maximalbetrag für Deutschland beträgt rund zehn Milliarden Euro.



Grundgesetz Bundesrepublik Deutschland

Art. 115 [Kreditbeschaffung]

(1) Die Aufnahme von Krediten (u.s.w.) bedürfen einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmbaren Ermächtigung durch Bundesgesetz.

Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.



Landesverfassung Baden-Württemberg

Art. 84 [Kreditaufnahme, Gewährschaften]

(1) Die Aufnahme von Krediten (u.s.w.) bedürfen einer Ermächtigung durch Gesetz.

Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Gesetz geregelt.

Kreditmarktverschuldung der Flächenländer 2005

	gesamt in Mio. €	je Einwohner in €
Bayern	23.076	1.851
Sachsen	12.086	2.825
Baden-Württemberg	39.541	3.682
Hessen	30.233	4.959
Niedersachsen	47.855	5.982
Nordrhein-Westfalen	108.939	6.031
Rheinland-Pfalz	24.638	6.068
Mecklenburg-Vorpommern	10.776	6.304
Thüringen	15.052	6.432
Brandenburg	17.003	6.640
Schleswig-Holstein	20.918	7.386
Saarland	8.102	7.705
Sachsen-Anhalt	19.241	7.770

Ernüchternde Bilanz

Pressemeldung vom 09.02.2006:

Kurt Faltlhauser hängt in Bayern Lametta auf

Finanzminister legt den bundesweit ersten ausgeglichenen Landeshaushalt seit 30 Jahren vor

Schloss Neuschwanstein jedoch, das Pessimismus der Bürger. Umgekehrt ist richtig, dass eine schwarze Null noch keine Garantie für

Die ernüchternde Realität:

- nur einer von 256 Länderhaushalten seit der Wiedervereinigung kam ohne Nettoneuverschuldung aus
- viele Länderhaushalte 2005 verfassungswidrig
- mehrere Länder berufen sich auf eine „extreme Haushaltsnotlage“

Kommunen in der Schuldenfalle

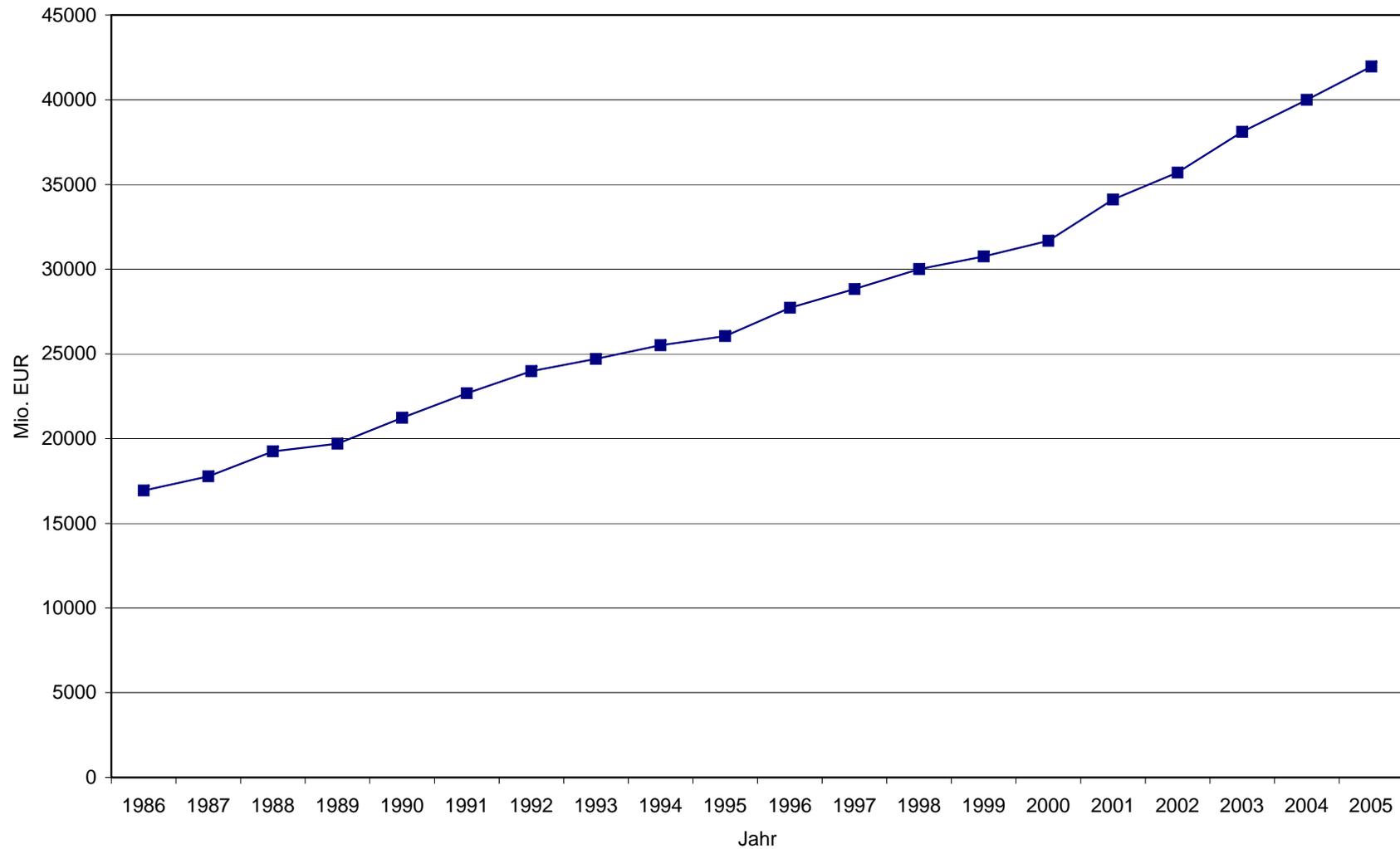
FAZ 22.02.2006

In die toten Winkel der Verwaltung leuchten

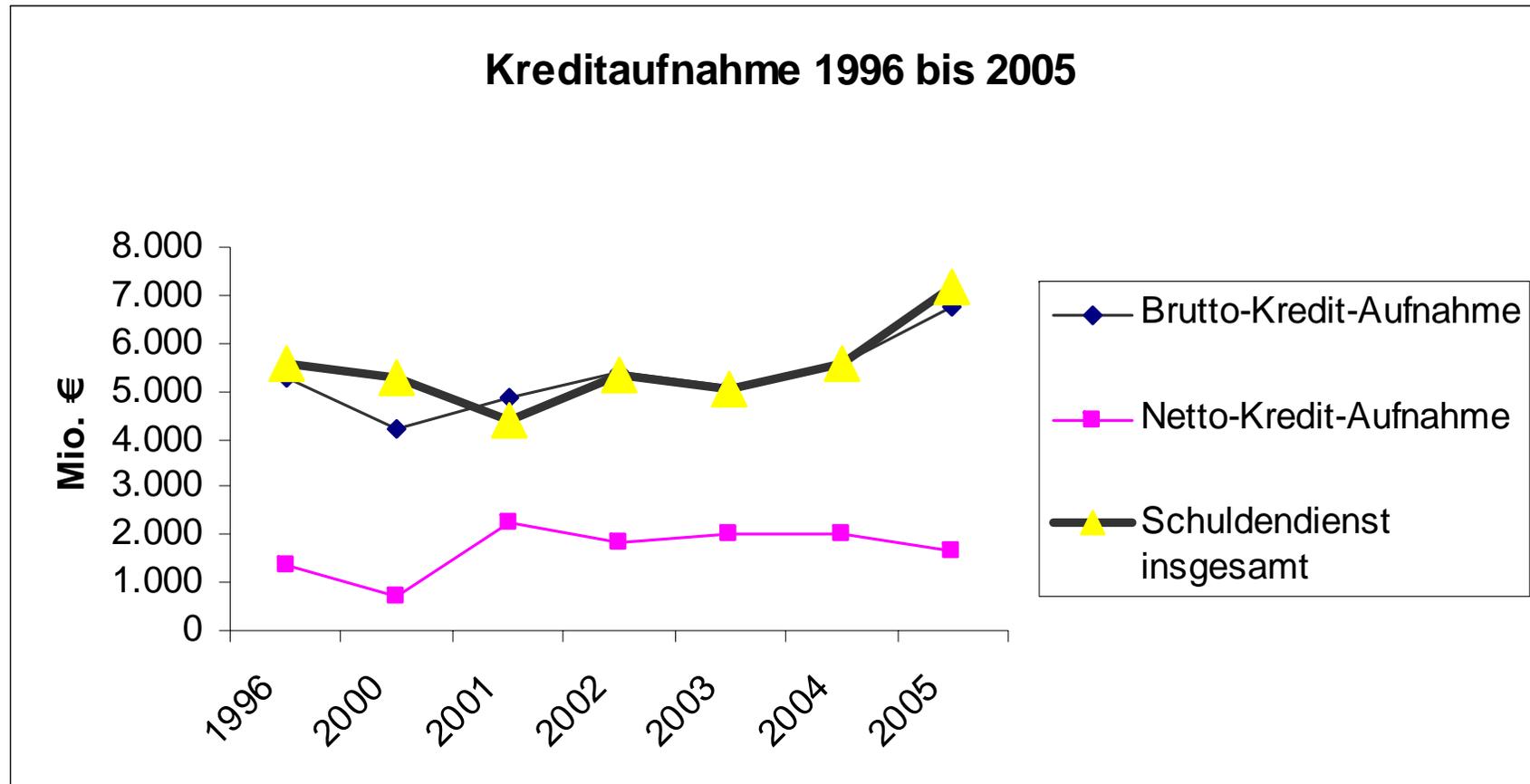
Waltrop ist pleite – und gibt es zu / Von Peter Schilder

Mehrere hundert
Gemeinden in Nord-
rhein-Westfalen sind
wirtschaftlich ruiniert.
Die Kommunalaufsicht
des Landes hat viel zu
tun. Das kleine Waltrop
dient ihr als Übungs-
platz – für weit größere
Brocken.

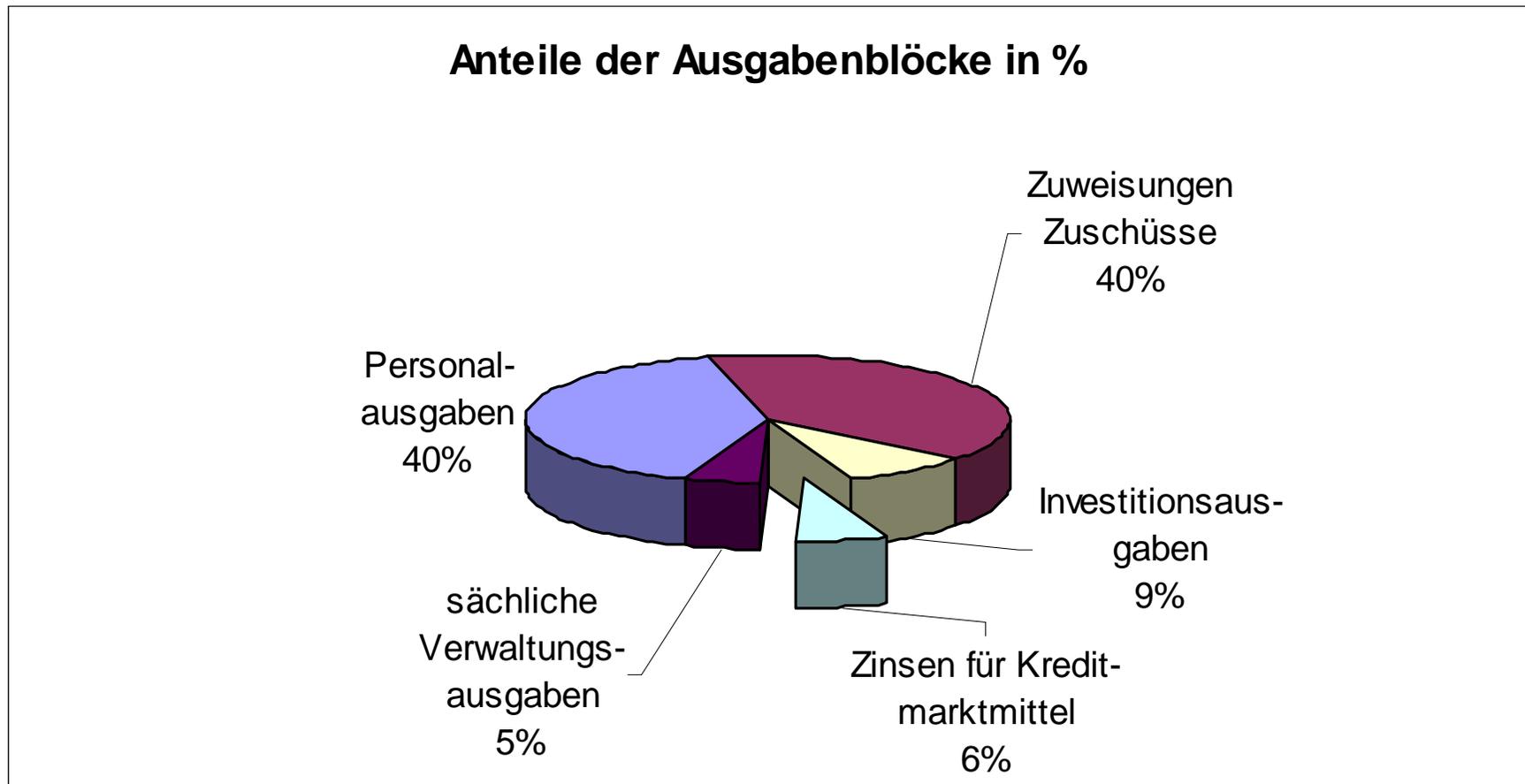
Entwicklung der Verschuldung Baden-Württembergs 1986 bis 2005



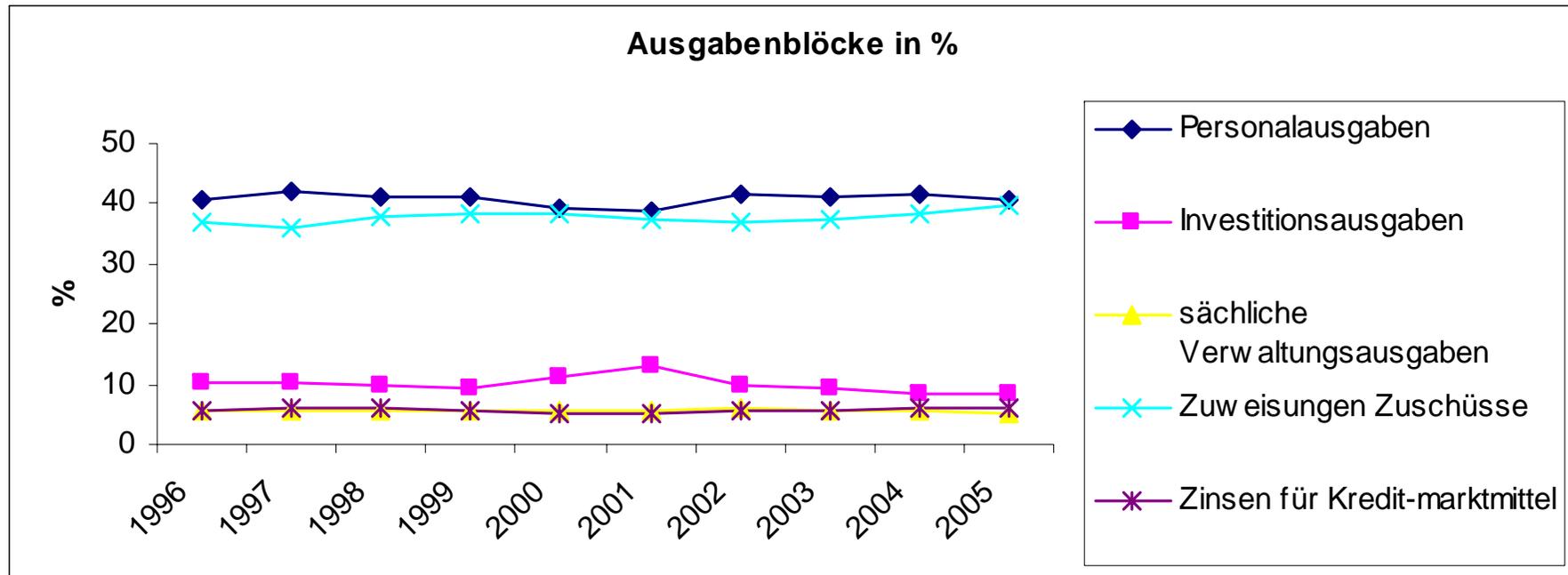
Kreditaufnahmen 1996...2000-2005



Ausgabenblöcke des Landeshaushalts 2005



Entwicklung der Ausgabenblöcke am Haushalt 1996 bis 2005

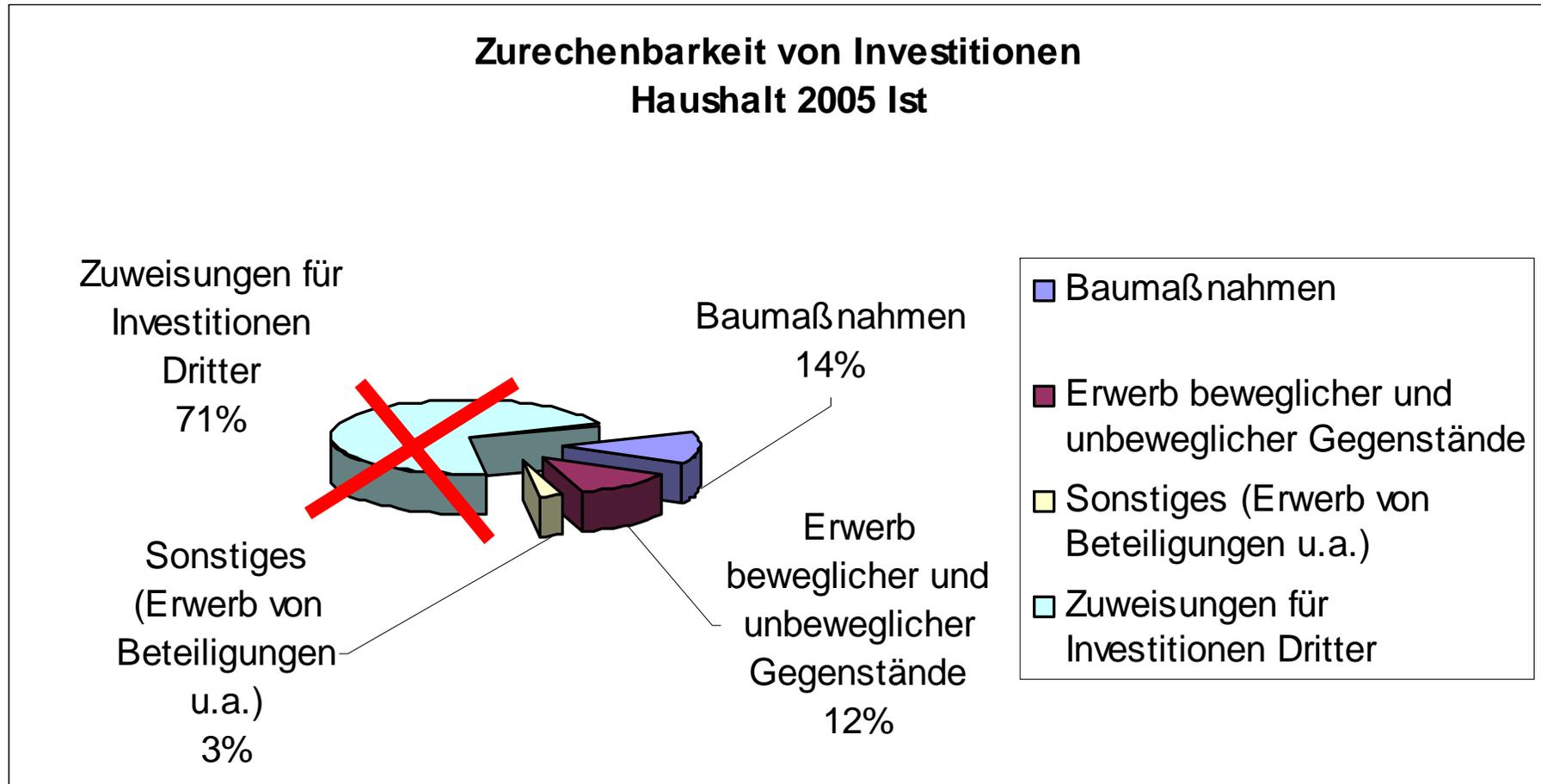


Einengung durch neuen Investitionsbegriff

- Künftig werden nicht (mehr) als Investitionen gewertet
 - Zuweisungen für Investitionen Dritter (z. B. Gemeinden),
 - der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen,
 - die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen
 - reine Ersatzinvestitionen
- „Desinvestitionen“ wie z. B. der Verkauf von Unternehmensbeteiligungen oder anderen Vermögenswerten mindern das Investitionsvolumen
- Abschreibungen werden berücksichtigt
- Konsequenz für B-W (2005)

Eigentliche Investitionen nur noch 776,2 Mio. € statt 2.703 Mio. €;
Zuweisungen für Investitionen Dritter mit 1.926,8 Mio. € fallen unter den Tisch.

Einengung der Verschuldungsmöglichkeit durch neuen Investitionsbegriff



Auswirkung des neuen Investitionsbegriffs auf die Nettoneuverschuldung 2005 (Ist)

Investitionen für (in Mio. €)	bisher	künftig
Baumaßnahmen	382,6	382,6
Erwerb beweglicher u. unbeweglicher Gegenstände	313,8	313,8
Sonstiges (z. Beteiligungen)	79,8	79,8
Zuweisungen zu Investitionen Dritter	1.926,8	-
Summe	2.703,0	776,2
Nettokreditaufnahme	1686,4	1686,4
Noch zulässige NKA	1.016,6	
Überschreitung der Zulässigkeit		910,2